



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Das Ministerium Varnbüler und Professor Pauli in Tübingen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

„Ueber einige Folgen der Einverleibung 2c.“ — neigt sich halbwegs dieser Forderung zu, wohl weil er die Wirkung so langsamer Proceſſe, als die Umſtimmung großer geſchloſſener Kreiſe von Menſchen durch unerwartete Thatſachen iſt, zu früh vormegnimmt und überſchätzt. Vening dagegen — deſſen treffliche Schrift kürzlich von uns ſkizzirt wurde — ſieht vollkommen ein, daß dieſe die Pferde hinter den Wagen ſpannen hieße. Wie kann die preußiſche Regierung Körperſchaften, in denen die wahrlich nicht geringe, noch unthätige Zahl der unbedingten vorbehaltloſen Anhänger Preußens ſo gut wie gar nicht vertreten iſt, wohl aber jede Abſtufung von leidenschaftlichen und beſchränkten Gegnern der Einverleibung, das moralische Gewicht überliefern, das öffentlich berufenen Vertrauensmännern zukommt? Den beſten Rath werden ihr grade ſolche Männer ertheilen, wie ſie die früheren ſtändiſchen Corporationen entweder gar nicht oder ganz vereinzelt unter ſich zählten: Männer, die Hannover als ihre Heimath lieben und ihren Landſleuten vor anderen Sterblichen alles Gute gönnen, die aber zugleich Preußens nationale Politik als die Schlußbürgſchaft aller öffentlichen Güter mit rückſichtsloſer Hingebung zu unterſtützen entſchloſſen ſind.

Das Miniſterium Barnbüler und Profeſſor Pauli in Tübingen.

Bei dem Intereſſe, welches Ihre grünen Blätter dem Univerſitätsleben ſchenken und bei dem trefflichen Correſpondenten, der Ihnen Ihre Berichte aus dem Schwabenlande zu ſenden pflegt, iſt es wohl keine unrichtige Vorausſetzung, daß Sie auch der Angelegenheit des Profeſſor der Geſchichte Pauli in Tübingen und dem gegen ihn eingeleiteten Verfahren Aufmerkſamkeit zuwenden. Ich erlaube mir dafür einige Notizen zu geben.

Pauli's Artikel in den preußiſchen Jahrbüchern (Auguſtheft) enthielt unzweifelhaft eine Beurtheilung der württembergiſchen Miniſter, welche dem Verfaſſer vor dem Geſetz Blößen gab, und wenn die Miniſter nach Ermittlung des Autors gegen denſelben criminaliter vorgehen wollten, ſo konnte man dagegen nicht viel einwenden. Indessen dann handelte es ſich um ein Geſchworenengericht, und das war mißlich. Bei der liebenswürdigen Stimmung und Einſicht der zeitweiligen Staatslenker Württembergs und bei dem ſcharfverlegten

Selbstgefühl der Schwaben war am Ende auf eine Verurtheilung Paulis wohl zu zählen, aber gesetzt auch, Pauli hätte für keine einzige seiner Behauptungen und Prädicationen den Beweis beibringen können, so wäre doch im Laufe der Verhandlungen der Ministerialschmutz so gründlich aufgerührt worden, daß die Lust den Herren selber schließlich nicht behagt hätte. Ueberdies ist die Beurtheilung des Ministeriums wie in Paulis Artikel eine sehr verbreitete, mündlich von Schwaben oft ausgesprochen mit jenem urbanen Humor, dessen Wörterschatz die Vorsatzsilbe „Sau“ besonders liebt; aber freilich ein Fremder durfte nicht so sprechen, am wenigsten so drucken lassen, und gar in einem preussischen Blatte!

Daß Pauli als württembergischer Staatsdiener jenen Artikel drucken ließ, ist jetzt ein mißlicher Umstand, wo der Staat Württemberg sowie das Ministerium Barnbüler sich gerettet und neu bestätigt des Lebens freut. Auch in jenen großen Wochen des Juli hätte er Einzelnes anders ausdrücken können. Aber wir Norddeutschen waren in einer gar übeln Lage, unter dem wüsten Lärm und Geschimpf der vereinigten Parteien, der Pfaffen, der schwäbischen Föderativ-republikaner nach Art des Beobachters und der Conservativen. Ein lebhafter Geist wie Pauli und die freudige Erregung über die Erfolge des sieben-tägigen Krieges in Böhmen gegenüber jenem Lärmen und Hegen, das die preussisch Gesinnten öffentlich in der Presse das Land räumen hieß und das mehrmals Straßenscandale und Fenstereinwerfungen organisiert hatte, die nur noch von der Polizei rechtzeitig vereitelt wurden — das ist wohl eine Erklärung für Paulis Handlungsweise.

Der Artikel war im Lande außer in Stuttgart und Tübingen kaum bekannt geworden, da nur vier Exemplare der verhaßten Jahrbücher in Württemberg gehalten werden. Das Ministerium übernahm in seinem blinden Eifer das Amt, ihn in weitere Kreise zu bringen, indem es die Sache nicht ruhen ließ. Der Cultusminister Goltz, der College des wegen Nepotismus von Pauli getadelten Geßler, ließ durch dessen Bruder, den Universitätskanzler Geßler Pauli inquiren und dieser gab sich ohne Umschweife als Verfasser an. Das war persönlich ehrenhaft, aber principiell falsch, besonders hier, wo das Ministerium sich früher bereits öfter, von R. Mohl, von Reyscher, in ähnlicher Lage einen Korb geholt und dann erst recht die Finger verbrannt hatte. Durch das Rectoramt ward Pauli dann zu einer Erklärung aufgefordert; er gab seine Uebereilung und manches Ungerechte zu, schilderte aber die Zeit, in der der Aufsatz geschrieben war, lebhaft und wenig erfreulich für die Regierung. Schließlich erbot er sich zu einer mit seiner Ehre und seinen politischen Ueberzeugungen vereinbaren Erklärung; wo nicht, so werde er alle Consequenzen auf sich nehmen. In Stuttgart hat man diese Erklärung für „noch gröber“ als den Aufsatz erklärt; entschieden falsch; aber unbequem mußte sie nach ihrem ganzen Tenor dem Ministerium sein. Auf die angebotene Erklärung ging man nicht ein.

Darauf verlangte Goltzer am 31. October, ehe von Seiten der Regierung eine Verfügung getroffen würde, vom akademischen Senat eine gutachtliche Aeußerung, „ob ein akademischer Lehrer, welcher derartige Angriffe gegen das Staatsoberhaupt, die Regierung und das Volk von Württemberg sich erlaubt hat, noch als geeignet betrachtet werden könne, sein Lehramt an der Landesuniversität zu bekleiden“. Sie müssen wissen, daß hier verfassungsmäßig die Regierung das Recht hat, jeden Beamten unter Belassung gleichen Ranges und Gehaltes ohne weiteres zu versetzen; daß zur Absetzung eines akademischen Lehrers eine vorgängige Disciplinaruntersuchung von Seiten des akademischen Senats und ein entsprechender Antrag desselben erforderlich ist. Letzteren Weg beschritt Goltzer nicht, in der richtigen Ueberzeugung, einen entsprechenden Antrag vom Senat nicht extrahiren zu können; die gutachtliche Aeußerung sollte einer etwaigen Versetzung oder dergleichen das Odium abnehmen. Der Zweck ward dann doch erreicht, denn daß Pauli sich nicht an ein Seminar, ans Polytechnikum oder — schöne Ironie! — in den Oberstudienrath versetzen ließ, sondern in solchem Falle um seinen Abschied einkam, war klar. — Inzwischen lieferte der allmächtige „Beobachter“ in zwei Zeitartikeln einen Auszug aus der „Epistel Pauli“, nicht ohne einige beobachterliche Chikanen; z. B. ward das dem König gegebene, unverfängliche Prädicat „gutmüthig, wohlwollend, aber schwach“ in „gut., wohlw., aber — —“ verwandelt.

Zur Beurtheilung des Verhältnisses zwischen dem Minister Goltzer und dem Beobachter einen kleinen Zug im Vorbeigehen. Goltzer veranstaltet allwinterlich Vorlesungen in Stuttgart ohne jegliches Entrée, wo sich denn ein wunderbares Publikum zusammenfindet. Den Reporters waren in diesem Jahre eigene Sitze reservirt, zu denen es besondrer Karten bedurfte, welche man auf dem Ministerium sich nur zu holen brauchte. Das war gewiß zuvorkommend genug. Statt dessen schimpft der Beobachter in einem maßlosen Artikel über diesen neuen Beweis unerträglicher Bureaucratie; ein freier königlich württembergischer Föderativrepublikaner könne sich dem nicht beugen, er — Karl Mayer — lasse keine Karte holen, werde also auch keine Berichte liefern, was dem Ministerium unangenehm genug sein werde. Nachschrift. Soeben schicke das Ministerium die fragliche Karte, da der Beobachter wohl vergessen habe dieselbe holen zu lassen; trotzdem wolle man den obigen Artikel zur Warnung doch lieber stehen lassen. — Hübsch für beide Betroffenen.

Jene Beobachterartikel über Pauli machten nun dessen Aufsatz im ganzen Lande bekannt, erregten freilich viel Aerger bei den beleidigten Schwaben, machten dieselben aber auch mit der Beurtheilung des Ministeriums bekannt. Ob das wirklich klug war? Der Beobachter selbst motivirte seine Publication damit, vom akademischen Senat dürfe man sich gerechter Justiz nicht versehen, deßhalb wolle er eintreten.

Die Verhandlungen im Senat der Universität entziehen sich der Öffentlichkeit, nur was davon extra muros bekannt geworden, bin ich im Stande mitzutheilen. Dem Vernehmen nach war Referent im Senat Hugo v. Mohl, der Botaniker, ein geborner Würtemberger von entschieden großdeutscher Gesinnung, aber ein durchaus selbständiger Charakter. Sein Referat soll meisterhaft und geistvoll gewesen sein. Er mißbilligte die Abfassung und Publication des Aufsatzes sehr entschieden, hielt aber Paulis sonstige Wirksamkeit in wahrhafter Schilderung dagegen; es handle sich hier lediglich um eine einmalige leidenschaftliche Ueberschreitung, vom Verfasser selber als solche anerkannt, und genügend erklärt durch die Zeitverhältnisse. Auf Paulis Lehrkraft fernerhin zu verzichten liege gar kein Grund vor. — Diese Auffassung, die einzige, einer großen akademischen Körperschaft würdige, wurde wie verlautet nach längerer Debatte angenommen. Wir nehmen an, daß zu diesem Senatsbeschuß, welcher die Sache niederkzuschlagen forderte, auch andere verständige Rücksichten beigetragen haben, ein vorsichtiger Blick auf sonstige Universitätsmaßregelungen — schon jetzt hat das falsche Vorgehen des Ministeriums der Schrift erst die Wichtigkeit beigelegt — dann ein Hinblick auf das überall hervortretende Bestreben, die Ausschreitungen der jüngsten Vergangenheit zu vergessen. Will denn Württemberg allein hinter Preußen, Oestreich, Italien zurückstehen? —

Allerdings ist dieser Beschluß sehr wenig im Sinn des Ministeriums. Das Cultusministerium ist mit sehr groben Verwarnungen gegen Geistliche vorgegangen, von denen einer gesagt hatte, er könne nicht außer Augen lassen, daß der Staat des protestantischen Geistes und Fortschritts nicht Oestreich, sondern Preußen sei, während der andre darauf aufmerksam gemacht hatte, daß auch die Preußen bona fide handelten und von der Rechtmäßigkeit ihres Standpunktes überzeugt wären. Ein mystisch-muckerischer Professor B. dagegen, der auf der Kanzel ganz unzweideutig Preußen und seinen König mit der Hölle und Lucifer vergleicht und im Colleg ähnlich sprechen soll, geht ruhig einher.

Am 18. November, einem Sonntage, fand in dieser Angelegenheit eine außerordentliche Sitzung des königl. geheimen Rathes statt, unter Theilnahme aller Minister, dort wurde Strafversetzung des Professor Pauli beschloffen, am 20. Abends, brachte der Staatsanzeiger unter Datum des 21. die Versetzung des Dr. Pauli an das niedere Seminar zu Schöndhal, unter Vorbehalt seines Rangs und Gehalts, als amtliche Anzeige. Man hat die möglichst verlegende Form gewählt, die Nachricht mit ungewöhnlicher Schleunigkeit durch den Staatsanzeiger verbreiten zu lassen, ehe noch Pauli selbst das betreffende Decret erhalten hat. Eine solche Versetzung, wenn Rang und Gehalt belassen wird, ist nach der hiesigen Verfassung dem Ministerium ohne Weiteres freigestellt, wie sie in den analogen Fällen von H. Mohl und Reyscher früher vorgenommen worden ist. Daß Pauli auf eine solche Versetzung nicht eingehen konnte, war nicht

zweifelhaft; er hat sofort sein Entlassungsgesuch nach Stuttgart gesandt. Seinen Freunden liegt der Wunsch nahe, ihm so rasch als möglich einen ehrenvollen Eintritt an einer andern Universität zu schaffen.

Wir fragen bei diesem Zorn der Regierung gegen preußisch Gesinnte, wohin ist preußischer Einfluß wenige Monate nach der Schlacht bei Königsgrätz gekommen? Und wir suchen uns zu erinnern, ob die süddeutschen Staaten oder Preußen die Friedensverträge von Berlin dictirt haben. So weit unsere Kenntniß früherer Fälle reicht, ist doch die Folge eines siegreichen Krieges immer gewesen, daß die Regierung des besiegten Staates sich der neuen Ordnung der Dinge mit gutem Anstand fügte. Es ist deshalb das erste Bestreben des Siegers gewesen, den nöthigen Personenwechsel in den Staaten hervorzubringen, mit denen ein Vertrag abzuschließen war, und sich eine gewisse wohlgeneigte Gesinnung für Erfüllung des neuen Vertrages und aufrichtigen politischen Verkehr zu sichern. Dies ist der erste und beste Gewinn jedes siegreichen Kampfes. Aber in Hessen-Darmstadt, in Württemberg und Bayern hat grade das Gegentheil stattgefunden. Die alten Menschen sind geblieben, der Haß ist concentrirter, die militärischen Erfolge der Norddeutschen sind grade groß genug gewesen, den localen Stolz der Bevölkerung zu verlegen, nicht groß genug, um auf die Dauer Furcht zu erregen.

Zur Zeit äußert sich der Widerstand der süddeutschen Regierungen nur in harten Maßregeln gegen Privatpersonen und in den Nadelstichen ihrer Presse, aber man darf innig überzeugt sein, daß dort alles, was Preußen schädigen kann, willkommen ist, jede politische Combination und jedes Bündniß. Man weiß in Süddeutschland sehr gut, daß ein neuer Krieg in Deutschland nicht zwischen Preußen und Oestreich verlaufen wird, sondern unter dem Zwange großer europäischer Allianzen; und man fühlt sich trotz staatlicher Ohnmacht sehr behaglich, ja freier und sicherer als seit vielen Jahren. Grade die politische Selbständigkeit ist dort ein Gewinn des Jahres 1866, die Dauer der Südstaaten ist fortan ein großes europäisches Interesse, welches Oestreich, Frankreich und Rußland gemeinsam haben. Zwar Herr v. Dalwigk ist durch die preußische Umarmung genirt, aber Württemberg und Bayern sind durch den nikolsburger Frieden aus Bundesstaaten zu freien europäischen Reichen befördert, deren politische Ohnmacht ihnen selbst, wie die Dinge liegen, ihr bester Schutz dünkt.

Dennoch irren diese Regierungen, wenn sie glauben, daß die Großmächte auch ihre Unarten und den feindseligen Troß haßvoller Beamten gegenüber einem ernstlichen Auftreten Preußens schützen werden. Es ist aber hohe Zeit, daß die Langmuth Preußens gegen seine deutschen Nachbarn und Vertragsgenossen, eine Langmuth, welche wir nach den Siegen dieses Jahres nur ungern Schwäche nennen, mit entschiedenem Fördern vertauscht werde.

Man wird dadurch Süddeutschland nicht gewinnen, aber man wird wenigstens die Aeußerungen der Abneigung und geheime Wünsche zu anständiger Zurückhaltung bändigen.

Neue Kunstblätter.

Eine höchst wichtige Anwendung der Photographie; dieses demokratischsten aller Reproductionsmittel, vor welchem wenigstens facultativ alle Erzeugnisse der Kunst wie der Natur gleiches Recht haben, ist die Copie von Handzeichnungen. Keine Frage, daß Kunstbeschreibung und Kunstgeschichte von dieser Vervielfältigungsart in demselben Sinne eine neue Epoche datiren, wie die Historiographie von der systematischen, diplomatisch genauen Herausgabe der Urkunden. Mit Dank und Stolz verdienen daher Unternehmungen solcher Art registrirt zu werden, besonders wenn sie mit so viel Geschmaç und Sorgfalt geleitet sind, wie das vor uns liegende Werk aus dem Verlage von Alphons Dürr in Leipzig: „Fünfzig Photographien nach Handzeichnungen älterer Meister aus der Sammlung Sr. k. H. des Großherzogs Karl Alexander von Sachsen. Herausgegeben von Dr. Hugo v. Ritgen.“ Jeder Kunstfreund und Forscher, welcher das treffliche weimarische Cabinet kennt, wird diese durchweg gelungene Reproduction, die sich dem Jägermeierschen Unternehmen der Wiedergabe der wiener Albrecht-Galerie würdig an die Seite stellt, freudig begrüßen. In den bisher erschienenen fünf Lieferungen zu je fünf Blatt finden sich namentlich Rafael, Michelangelo, Leonardo und van Dyck vertreten. Wird auch die Stilkritik voraussichtlich das eine oder andere Original des Nimbus seiner Benennung entkleiden, so darf doch nicht vergessen werden, daß eben solche Publicationen es sind, welche diesen wichtigen Untersuchungen das Material liefern, indem sie constante Beobachtung der Unica dieser Gattung ermöglichen. —

Ähnliches gilt von dem Unternehmen, einzelne Kostbarkeiten der Kupferstechkunst, die durch ihre große Seltenheit um die Popularität gekommen sind, auf photographischem Wege wieder zugänglich zu machen. Hierzu beizutragen ist Absicht der *Choix d'estampes rares et précieuses de la collection Druggulin* aus dem nämlichen Verlage, deren sechs erste Blätter u. a. Arbeiten des Meisters E. S., des Mstr. von Landshut, M. Schongauers und Marc Antons bringen. —

Aus dem Atelier von Hans Hanfstängl in Dresden, dessen Erzeugnisse wir schon öfter die Aufmerksamkeit unserer Leser zuzuwenden Veranlassung